paperpress

Nr. 643-07 **6. November 2025** **50. Jahrgang**

Die Sache ist noch nicht vom Tisch

Natürlich hat **Friedrich Merz** die Reaktionen auf seine Stadtbildäußerung nicht eingeplant, weil er gern einfach mal so vor sich hinplappert. Dabei empfiehlt sich immer, erst zu denken und dann zu sprechen. Was folgte, hätte er allerdings vorhersehen können. Habeck ist gescheitert, weil er eine gute Sache wie die Wärmepumpe schlecht erklärt hat. Merz hat nun Ärger, weil er ein wichtiges Thema, nämlich wie das Bild der Stadt, in der wir leben, aussehen sollte, durch Ungeschicklichkeit vergeigt hat. Anstatt auf die Reaktionen angemessen einzugehen, spielt er den Beleidigten, der nichts zurückzunehmen habe. Und er verschlimmert noch die Diskussion mit dem Satz „*Fragen Sie Ihre Töchter*!" Vielleicht sollte man auch mal die Söhne fragen, was so auf den Straßen los ist.

Die Stadtbild-Debatte zeigt viel tiefer liegende Probleme. **Hans-Georg Lorenz** analysiert schonungslos, worum es wirklich geht:

Man mag es fast nicht glauben: Da brechen die Regierungsparteien eine Auseinandersetzung mit koalitionssprengender Wirkung vom Zaun und bedienen sich dabei eines Themas, das beide Seiten schamhaft meiden sollten. Sowohl die SPD als auch die CDU/CSU haben in der Migrationspolitik erbärmlich versagt – und sie scheinen das nicht einmal bemerkt zu haben!

Und so vermittelt der Streit um die Bemerkung des Bundeskanzlers ein Bild des Zustand unserer politischen Eliten und ihrer Einsichtsfähigkeit – und nicht der „Stadt"!

Diese „Eliten" haben sich von der Wirklichkeit, dem Denken und Fühlen der Bürgerinnen und Bürger weit entfernt:

- Sie können die durch ihre Beschlüsse von ihnen selbst geschaffenen Veränderung den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr vermitteln,
- haben die Konsequenzen ihrer Migrationspolitik nicht begriffen,
- können daher deren Auswüchse nicht bekämpfen
- und verwickeln sich in ideologische Kämpfe auf niedrigem Niveau.

1.
Dieses Urteil belegt folgende Tatsache: Die deutsche Politik hat so viele Ausländer nach Deutschland geholt, dass rund vierzig Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund haben. Die Motive, diesen Zuzug zu gestatten und zu fördern, waren unterschiedlich:

- In erster Linie brauchte man Arbeitskräfte,
- dann beugte man sich den verfassungsrechtlichen Notwendigkeiten und genehmigte den Familiennachzug,
- gestattete im Rausch eines die eigenen Kräfte überschätzenden Idealismus unkontrolliertem Nachzug von 1.000.000 Migranten, der jede Steuerung des Zuzugs außer Kraft setzte – mit Nachwirkungen bis heute,
- machte massenhaften und unkontrollierten Zuwanderung zum Instrument der Außenpolitik (Ukraine, Afghanistan, Syrien).

Wie es den Eliten gelingt, sich vor der Erkenntnis zu schützen, dass es Folgen hat, wenn man fast die Hälfte des Volkes „austauscht", bleibt ein Rätsel.

Und natürlich änderte sich auch das „Stadtbild". Berlin hat eine die Integration ermöglichende Verteilung der Zuwanderer – entgegen damals noch bestehender Möglichkeiten – abgelehnt. Die Konzentration der Zuwanderer in sozial schwachen Gebieten mit niedrigen Mieten war die Folge. Die Migranten blieben unter sich. Da diese zumeist aus anderen Kulturkreisen stammen, war gegenseitiges Unverständnis die Folge.

Diese Vorgänge, die jeder beobachten konnte, waren nicht nur bekannt, es hat an Warnungen und heftigen Auseinandersetzungen nicht gefehlt.

Zunächst können wir feststellen, dass der Bundeskanzler eine Entwicklung beklagt, die Deutschlands „politische Eliten" – vor allem zum eigenen Vorteil – bewusst herbeigeführt haben. Sich jetzt erstaunt zu zeigen, statt sich dazu zu bekennen, der Bevölkerung deren Notwendigkeiten aufzuzeigen und sich zu den Fehlern zu bekennen, verhindert jede sinnvolle Aufarbeitung der Fehlentwicklungen durch aktive Politik.

2.
Die Erregung über die Feststellung des Bundeskanzlers hat freilich weitere Gründe: Bedenklich ist vor allem, dass Merz auch einen Tag nach seiner Äußerung nicht bewusst geworden war, ein Problem angesprochen zu haben, das für die Bürger sehr wichtig ist, weil es sie persönlich betrifft. Dieses mangelnde Problembewusstsein ist ein schwerer Mangel. Er herrscht aber bei einem gewichtigen Teil der politischen „Eliten".

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress

Nr. 643-07 6. November 2025 50. Jahrgang

3.
Nun hat sich Deutschland in Sachen Migration besonders viel zugemutet. Ein Großteil der Migranten kommt aus anderen Kulturkreisen. Dieser Umstand hat die Probleme erheblich vergrößert. Den Grund dieser Schwierigkeiten hat Nietzsche treffend beschrieben: „Vieles, das diesem Volke guthieß, hieß einem andern Hohn und Schmach. ...Nie verstand ein Nachbar den andern". Das galt über Jahrhunderte auch für die europäischen Völker mit gemeinsamen kulturellen Wurzeln – und auch noch heute verwahrt sich ein Franzose dagegen, dass er „wie ein Deutscher" denkt und lebt.

Die Bundesrepublik Deutschland aber hat vor allem Menschen aus Kulturen mit gesellschaftlichen Vorstellungen aufgenommen, die sich teilweise extrem von den deutschen unterscheiden. Es musste daher für alle klar sein, dass man sich hier besondere Probleme schafft.

4.
Um diesen Problemen beizukommen, wurden zwei Konzepte diskutiert: Entweder „friedliches Nebeneinander" oder „Integration".

Deutschland hat sich lange um die Feststellung gedrückt, ein Einwanderungsland zu sein. Daher wurde den Migranten nicht vorgegeben, welche Mindestanforderungen ein Verbleib in Deutschland hat – und den Deutschen wurde nicht klar gemacht, dass die Zuwanderung notwendig Folgen hat, die „ihre Welt" verändern.

So entwickelte sich die Migration „natürlich"! Das bedeutet: So, wie es beide Gruppen wollten! Man blieb unter sich – ein menschliches Verhalten, das man überall in der Welt beobachtet. Deutsche brauchen sogar in den Ferien in Mallorca deutsche Lokale! Das hat natürlich das Stadtbild in Teilen Berlins radikal verändert. Es gibt Ortsteile, die nicht mehr deutsch geprägt sind. Und dieses Urteil beruht nicht auf Einbildung und Fremdenfeindlichkeit.

5.
Die deutsche Politik hat darauf nicht reagiert, obwohl sie die Probleme kannte und vor 50 Jahren auch die Mittel gehabt hätte, sie zu mildern. Das sage ich als daran gescheiterter Politiker. Mit „daran" ist auch die SPD gemeint! Die CDU hat noch unfähiger reagiert: Sie hat sich Jahrzehnte der Erkenntnis vom Einwanderungsland Deutschland verweigert, hat unter Merkel alle Maßstäbe verloren und meint nun, mit Abschiebungen die Probleme zu lösen. Das Ganze vermittelt eine erbärmlich wirkende Hilflosigkeit.

6.
Nun könnte man hoffen, dass die Diskussion über die Merz-Bemerkungen wenigstens jetzt zur Besinnung führen. Das Gegenteil ist der Fall! Man streitet sich, wer die größere Schuld trägt, und beschäftigt sich dabei mit Konzepten, die gescheitert sind.

Was also muss in Angriff genommen werden?

- Die räumliche Ballung der Migranten ist eines der schwersten Hindernisse für ein friedliches Zusammenwachsen. Hier liegt das gewichtigste Problem, dass der Bearbeitung bedarf. Angesicht der Wohnungsnot besteht leider wenig Hoffnung auf Besserung.
- Die Vermittlung der deutschen Sprache als Grundbedingung für Integration ist extrem mangelhaft. Das gilt auch für die deutsche Schule, die mit den Problemen der Förderung von Migrantenkindern hoffnungslos überfordert ist. Lehrermangel lässt auch da wenig positive Erwartungen aufkommen.
- Wer über Jahrzehnte fast ausschließlich junge Männer einwandern lässt, braucht sich nicht zu wundern, wenn es Probleme nicht nur am Kölner Hauptbahnhof gibt. Hier wird leider nur Polizeipräsenz helfen.
- Einwanderungspolitik muss nach Vernunftgründen erfolgen. Die unter dem Zeichen der Humanität erfolgte ungeregelte Zuwanderung von Hunderttausenden ist in ihren Auswirkungen alles andere als human. Eine geregelte Zuwanderung von Menschen, die einen Platz – insbesondere einen Arbeitsplatz – finden, ist das Ziel, muss aber auch unter diesem Vorzeichen erfolgen. Für großmäulige Aufnahmezusicherungen bleibt da wenig Raum.
- Auch wird es eine Überarbeitung der europäischen Asylgesetze geben müssen.
- Gegen die Abschiebung von Straftätern hat man weder unter den Deutschen, noch unter den Migranten wenig einzuwenden. Auch die Bekämpfung der illegalen Einwanderung findet wenig Gegnerschaft.
- Die Bekämpfung der Schwarzarbeit und des Sozialmissbrauchs ist von großer Bedeutung. Die angeblich geringfügigen Fallzahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Problem in der deutschen Kommunikation eine gewichtige Rolle spielt.

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress

Nr. 643-07 **6. November 2025** **50. Jahrgang**

- Der Kampf gegen die Clan-Kriminalität ist ebenfalls von großer Bedeutung. Ausländerrechtliche Reformen sind geboten.

Das alles sind gewaltige Aufgaben. Die Reaktion, einen Staatssekretär zu beauftragen, macht deutlich, dass man nichts begriffen hat. Und das freut die AfD!

Hans-Georg Lorenz *– Anfang November 2025*

Einleitung: ***Ed Koch***

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form. Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.